

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
vierteljährlich 1 M. 25 Pf. einschließlich des „Illustr. Unterhaltungsbl.“ u. der „Humor. Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Insetionspreis: die kleinformatige Zeile 12 Pf. Im amtlichen Teile die gefaltete Zeile 30 Pf.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Dannedohn in Eibenstock.

Fernsprecher Nr. 210.

Nr. 63.

Donnerstag, den 30. Mai

1907.

Öffentl. Sitzung des Bezirksausschusses zu Schwarzenberg
findet Montag, den 10. Juni 1907, von nachmittags 3 Uhr an im Sitzungszimmer des Stadthauses zu Schwarzenberg statt.

Königliche Amtshauptmannschaft Schwarzenberg,
den 24. Mai 1907.

Impfungen betreffend.

Die diesjährigen öffentlichen unentgeltlichen Impfungen und Nachschautermine finden in der Turnhalle hier selbst statt und zwar in nachstehender Reihenfolge:

I. Zur **Erstimpfung** kommen

Dienstag, den 4. Juni 1907, nachmittags 5 Uhr

die impfpflichtigen Kinder, deren Namen mit **A-K**

Mittwoch, den 5. Juni 1907, nachmittags 5 Uhr

die Kinder, deren Namen mit **L-Z** anfangen.

Impfpflichtig in diesem Jahre sind alle bis zum Jahre 1907 etwa von den Impfungen auf Grund ärztlicher Zeugnisse befreiten, sowie alle im Jahre 1906 geborenen Kinder.

Bemerkung wird hierbei, daß nicht nur die vorstehend benannten hier geborenen, sondern auch die hierher verzogenen 1906 und früher geborenen noch nicht geimpften Kinder in diesem Jahre impfpflichtig sind.

Sämtliche zur Erstimpfung gelangten Kinder sind

Mittwoch, den 12. Juni 1907, nachmittags 5 Uhr

zur **Nachschau** vorzustellen.

II. Die **Wiederimpfung** erfolgt

Donnerstag, den 6. Juni 1907, nachmittags 5 Uhr

für diejenigen **Knaben** und

Freitag, den 7. Juni 1907, nachmittags 5 Uhr

für diejenigen **Mädchen**,

a. für welche der Nachweis der Impfung nicht erbracht worden ist,

b. welche im Laufe dieses Jahres ihr 12. Lebensjahr zurücklegen.

Zur **Nachschau** haben sich diese Kinder

Freitag, den 14. Juni 1907, nachmittags

und zwar die **Knaben** um 5 Uhr und die **Mädchen** um 6 Uhr vorzustellen.

Die Impfungen werden vom Impfarzte, Herrn Dr. med. Schlamm hier vorgenommen. Aus einem Hause, in welchem ansteckende Krankheiten, wie Masern, Scharlach, Diphtherie, Group, Keuchhusten, Flecktyphus, rosenartige Entzündungen oder die natürlichen Pocken herrschen, dürfen Kinder zum öffentlichen Termine nicht gebracht werden.

Die Eltern des Impflings oder deren Vertreter haben dem Impfarzte vor der Ausführung der Impfung über frühere oder noch bestehende Krankheiten des Kindes Mitteilung zu machen.

Die Kinder müssen zum Impftermine mit **reingewaschenem Körper**, mit **reinen Kleidern** und **reiner Wäsche** gebracht werden.

Die zur Ausgabe kommenden **Verhaltensvorschriften** für die Angehörigen der Erst- und Wiederimpfungen sind genau zu beachten.

Eltern, Pflegeeltern und Vormünder impfpflichtiger Kinder werden unter Hinweis darauf, daß für Unterlassung der Impfung **Geldstrafen bis zu 50 Mark oder Haft-**

strafen bis zu drei Tagen angedroht sind, zur pünktlichen Beachtung dieser Vorschriften ermächtigt.

Stadtrat Eibenstock, den 17. Mai 1907.

Hesse.

Neumerkel.

Auslegung der Urwählerliste zur Landtagswahl betreffend.

Die Liste der stimmberechtigten Urwähler der Stadt Eibenstock zur Wahl für die 2. Kammer der Ständeversammlung im 20. städtischen Wahlkreise liegt eine Woche lang und zwar

vom 3. Juni bis mit 10. Juni 1907

in der Registratur des unterzeichneten Stadtrates öffentlich aus.

Das Recht der Einsichtnahme in die Liste ist für jeden Beteiligten auf die Befugnis beschränkt, von der eigenen Veranlagung und der Veranlagung derjenigen Personen Kenntnis zu nehmen, welche dazu schriftliche Vollmacht erteilt haben.

Einwendungen gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Liste sind, bei Verlust derselben, binnen drei Tagen nach Ablauf der vorgedachten Frist, das ist bis zum

13. Juni 1907

schriftlich oder mündlich hier anzubringen.

Eibenstock, den 29. Mai 1907.

Der Stadtrat.

Hesse.

Müller.

Holzversteigerung auf Hundshübler Staatsforstrevier. Im Gasthaus „zum Muldenthal“ in Aue

Dienstag, den 4. Juni 1907, von vorm. 9 Uhr an

4104 w. Stämme	10-15 cm Stärke	1265 w. Stämme	16-22 cm Stärke
102	23-34	588	10-15
211	16-38	26286	7-15
411	16-32	399	8-12
265	Reisflangen 6 u. 7	5 m w. Rauhknüppel	in den Abt. 70

(Rohschlag), 3, 4, 8, 9, 13, 14, 51, 60, 61, 62, 64, 65, 66, 70, 74, 77, 78, 80 und 83 (Schneebüchse).

Spezielle Verzeichnisse der zu versteigernden Hölzer werden, soweit der Vorrat reicht, auf Verlangen von dem unterzeichneten Forstrentamt abgegeben.

Hundshübel und Eibenstock, am 27. Mai 1907.

Kgl. Forstrevierverwaltung.

Kgl. Forstrentamt.

Bekanntmachung.

Für den öffentlichen Verkehr sind die Expeditionsräume der Ortskrankenkassen vom 1. Juni 1907 ab von

8 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags und 3-4 Uhr nachmittags

(Sonnabend 2-4 Uhr nachmittags)

geöffnet.

Eibenstock, den 29. Mai 1907.

Die Ortskrankenkasse

für Textil-Industrie.

Emil Bahlig.

Die Ortskrankenkasse

für das Handwerk und sonst. Betriebe.

Wilhelm Unger.

Der Bund vaterländischer Arbeitervereine.

Der Sieg des nationalen Gedankens bei den letzten Wahlen ist zweifellos zu einem großen Teil auf das Wiedererwachen des patriotischen Geistes in der deutschen Arbeiterschaft zurückzuführen, in der immer ein fester Kern übrig geblieben war, der sich von der Sozialdemokratie nicht hat ins Schlepp nehmen lassen. Aber während es leider scheint, als sei man in einem Teil der nationalen Wählerschaft geneigt, auf den Vorbeeren dieser Wahlschlacht auszuruhen, ist es bemerkenswert und erfreulich, daß gerade in der nationalen Arbeiterschaft die Werbearbeit unermüdet fortgesetzt wird, um die Arbeiter mit den bestehenden Verhältnissen zu veröhnen und sie der sozialdemokratischen Furcht zu entzünden. Ein wichtiger Schritt nach dieser Seite ist der kürzlich erfolgte Zusammenschluß vaterländischer Arbeitervereine zu einem Bunde, der vor wenigen Tagen in Hamburg unter zahlreicher Beteiligung aus allen Teilen Deutschlands zum 1. Male getagt hat.

Niemand wird den Arbeitern einen Zusammenschluß mißgönnen, der sie in den Stand setzt, bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Allerdings wurde dieser Zusammenschluß, wie zum Beispiel jetzt bei dem Berliner Bauarbeiterstreik, nur zu oft zu politischen Zwecken gemißbraucht, um grundsätzliche sozialdemokratische Forderungen durchzusetzen und eine Kraftprobe mit dem gehagten und als Ausbeuter hingestellten Unternehmertum durchzuführen. Erfreulicherweise hat der Bund vaterländischer Arbeitervereine ein derartiges Vorgehen auf seiner Tagung aufs entschiedenste bekämpft und nicht nur seine nationale Gesinnung einwandfrei bekundet, sondern sich auch ausdrücklich gegen die sozialdemokratische Kampfesweise erklärt.

In einem einleitenden Vortrage wies der ehemalige Bergarbeiter, jetzige Sekretär des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in Waldenburg in Schlesien, Gustav Ermert, darauf hin, daß der Bund ein gutes Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herbeizuführen und zu erhalten bestrebt sei. Dieser Punkt aber ist

wichtiger, als es auf den ersten Augenblick scheint. Denn nur auf der Grundlage des inneren Friedens können sich jene Einmütigkeit und jenes Gemeinamkeitsgefühl ausbilden, die die erste Bedingung für ein gesundes Staatsleben sind. Die Sozialdemokratie ist es gemessen, die es verliert, einen Keil zwischen das deutsche Volk und die ihm von Natur aus angehörigen Arbeiter zu treiben, indem sie diesen vorgebet hat, sie wären die Ausgebeuteten und die vom Glück Enterbten, während sich naturgemäß Arbeitgeber und Arbeitnehmer als Arbeiter in gemeinsamen Aufgaben eins fühlen müssen, mögen auch gelegentlich Streitigkeiten dieses Einvernehmens stören.

Unter diesem Gesichtspunkte die Interessen des Arbeiters zu wahren, hat sich der Bund vaterländischer Arbeitervereine zur Aufgabe gestellt, insofern er in sein Programm ausdrücklich die Beschäftigung mit sozialpolitischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten, namentlich soweit sie die Verhältnisse der Arbeitnehmer betreffen, aufnahm, dagegen die Erörterung kirchlicher und parteipolitischer Fragen ausschloß. Die Ziele dieses Bundes wurden in 4 Leitsätzen aufgestellt, die einstimmig von der Versammlung angenommen wurden. Sie fordern ein gemeinsames Vorgehen aller nicht sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen, ein sozialpolitisches Zusammenarbeiten in allen Körperchaften, die sich sozialpolitisch, aber ohne Parteipolitik zu betreiben, betätigen und eine Einschränkung leichtfertiger Arbeitseinstellungen. Ueber allem aber steht als oberster Grundsatz, „neben der Wahrung und energischen Vertretung der Arbeiterinteressen, auch das Wohl der Gesamtheit zu berücksichtigen“, als einigenden Punkt zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Gemeinsamkeit der Interessen aller zu betonen und das nationale Empfinden unseres Volkes, vornehmlich der Arbeiterschaft, zu stärken.

Das sind Grundsätze, denen man vom nationalen Standpunkte aus nur aus vollem Herzen zustimmen kann. Sie fallen um so schwerer in die Waagschale, als sie nicht von Leuten aufgestellt sind, die der deutschen Arbeiterschaft fernstehen, sondern von wirklichen Arbeitern, die aus eigener Er-

fahrung wissen, was dem Arbeiter not tut, und die den Terrorismus der sich als Vertreterin der Arbeiterschaft gebärdenden Sozialdemokratie zur Genüge kennen.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der braunschweigische Landtag hat am Dienstag den Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg, dem Antrage des Regenschaftsrats entsprechend, einstimmig zum Regenten gewählt. Somit hat denn nach achtmonatlichem Interregnum die Regenschaftsfrage, die von der Bevölkerung des Herzogtums mit lebhafter Anteilnahme verfolgt wurde und weit über die Grenzen des Landes begreifliches Interesse erregte, eine befriedigende Lösung gefunden. Herzog Johann Albrecht steht im fünfzigsten Lebensjahr.

— Zur Zeit beschäftigt man sich mit einem Projekt zwecks Einführung des elektrischen Betriebes auf einer Eisenbahnstrecke im Westen Preußens, da die Berechnungen ergeben haben, daß durch einen elektrischen schweren Güterbetrieb auf diesen Linien bedeutende Ersparnisse erzielt werden können. Die Mittel sollen im Etat für 1908 eingestellt werden, sodas mit der Bauausführung vielleicht schon im April 1908 begonnen werden kann.

— Frankreich. In dem nur aus wenigen Artikeln bestehenden französisch-japanischen Abkommen ist auch eine Bestimmung enthalten, durch die sich Frankreich und Japan verpflichten, die Integrität des chinesischen Reiches in seinem gegenwärtigen Zustande zu respektieren. Der japanische Botschafter in Paris, Herr Kurino, dürfte in den nächsten Tagen zur Unterzeichnung des Abkommens ermächtigt werden. Das Abkommen wird von beiden beteiligten Staaten den übrigen Mächten mitgeteilt werden.

— Asien. Sehr unerfreuliche Meldungen kommen aus China. Der Böbel hat unweit von Pankhoi die deutsche Missionsstation Limchon zerstört. Die Missionäre vermochten zu entfliehen. Das Kanonenboot

